

## Entschließungsantrag

der Bundesrät\*innen Korinna Schumann, Günter Kovacs,  
Genossinnen und Genossen  
betreffend **Stärkung des österreichischen Bundesheers**

*eingbracht im Zuge der Debatte zur Erklärung des Vizekanzlers und der Bundesministerin für EU und Verfassung gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR anlässlich der Umbildung der Bundesregierung sowie zur aktuellen Lage in der Krise zwischen Russland und der Ukraine.*

Die Sozialdemokratie steht für ein Leben in Freiheit und Sicherheit — für alle Menschen, die in Österreich leben. Dieser angestrebte Idealzustand muss jedoch fortlaufend — vor allem gegen die massiven Widerstände unterschiedlicher Akteure — mit vollem Engagement und Einsatz verteidigt und weiter ausgebaut werden. Als Sozialdemokrat\*innen können wir es nicht zulassen, dass unser friedliches Zusammenleben in Österreich bzw. Europa und unsere Grundwerte und Grundrechte durch Gewalt, Menschenhandel, Kriminalität, Terrorismus, Extremismus und Kriegstreiberei bedroht werden. Darüber hinaus müssen wir die fundamentalen rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen und Institutionen schützen, die in der österreichischen Verfassung verankert sind.

Nur ein funktionierender Rechts Staat kann der Bevölkerung einen umfassenden Schutz und Sicherheit vor Bedrohungen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen bieten. Das erklärte Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist, dass Österreich ein souveränes, neutrales Land bleibt, in dem alle Menschen ohne Angst, ohne Repression und ohne Gewalt in Frieden leben können. Durch die aktuelle Lage in der Ukraine – ein Krieg in Europa – stehen diese zentralen Punkte aber einmal mehr in Frage.

Unsere pluralistische demokratische Gesellschaftsordnung basiert auf Toleranz und Respekt. Damit wir alle die Rechte und die Freiheiten sowie die Errungenschaften des Sozialstaats in Anspruch nehmen können, müssen wir uns vor Bedrohungen aller Art schützen. Wir, das sind alle Menschen, die in Österreich leben und das österreichische Gesellschaftsmodell anerkennen. Wir können Freiheitsrechte nur wahren, indem wir Sicherheit gewährleisten. Eines ist klar: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

Aufgrund ernstzunehmender, zum Teil neuer Bedrohungsbilder (Cyberangriffe, Blackouts, hybride Bedrohungen, Ausschreitungen im Inland, Terrorismusattacken etc.), veralteter bzw. fehlgeleiteter innerösterreichischer Sicherheitsstrukturen (Skandale im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) und einer international fragilen Sicherheitslage (bedingt durch Uneinigkeit in der Sicherheitsarchitektur Europas und kriegerischen Auseinandersetzungen in den Ländern rund um Europa) ist es notwendig geworden, ein neues modernes Sicherheitsmodell für Österreich zu entwerfen. Dahingehend gilt es, die „innere Sicherheit“ und die „äußere Sicherheit“ gezielt aufeinander abzustimmen und „Sicherheitspolitik“ ganzheitlich zu betrachten. Verunsicherung führt zu einem Sicherheitsdilemma — Stärkung Österreichs als Vermittler In der Geopolitik und der Geostrategie dominiert ein erneuter Aufbau von Spannungen zwischen den globalen Hegemonialmächten.

Diese schädliche Entwicklung zeitigt massive Auswirkungen auf die Weltgemeinschaft, auf Europa und auf Österreich. Die Verunsicherung der Menschen, die für ein friedliches Zusammenleben ohne Krieg und Gewalt eintreten, nimmt stetig zu. Dies führt infolge zu einem „Sicherheitsdilemma“, welches zu noch mehr Aufrüstung und Machtstreben führt — ein negativer Kreislauf. Die Welt wird unsicherer und die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen steigt. Allein 2020 wurden weltweit über zwei Billionen US-Dollar für Rüstung ausgegeben, davon 40 Prozent in den USA. Österreich mit seinem Staatsvertrag der Bündnisfreiheit sollte wieder eine proaktive Rolle in der internationalen Friedenspolitik und Diplomatie einnehmen und verstärkt im Sinne der Annäherung durch Dialog für Streitparteien auf die globale Sicherheitsfrage positiv einwirken. Als Sitz verschiedener internationaler Organisationen genießt Österreich nach wie vor ein hohes Vertrauen, zumal wir keine strategischen Interessen verfolgen.

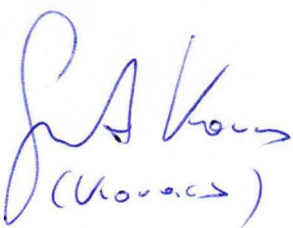

Wir müssen im Rahmen der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der eine Sicherheitsstrategie (vom gesamtstaatlichen Handeln, den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte bis zur Steigerung der Resilienz und Autarkie) entwerfen, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten sowie Österreich als neutralen Staat international federführend in der globalen Sicherheits- und Friedenspolitik zu positionieren. Wir wollen damit die Grundlagen für eine erfolgreiche Verwirklichung eines Lebens in Frieden, Freiheit und Sicherheit schaffen.


Daher stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Bundesrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler und die Bundesministerin für Landesverteidigung, werde aufgefordert, sicherzustellen, dass das österreichische Bundesheer seinen in der Verfassung vorgegebenen Aufgaben nachkommen kann und dementsprechend für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Insbesondere durch die milizartige Strukturierung des Bundesheeres ist die Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft jederzeit sicherzustellen. Zudem soll die allgemeine Wehrpflicht und somit ein in Friedenszeiten zivil geführtes Militär beibehalten und die Miliz- sowie Berufskomponenten maßgeblich gestärkt werden.“*

  
(Kofler)  
  
(HAHN)

  
(SCHUMACHER)

